RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM

Lehrstuhl für Makroökonomik

MacroNews

4. Kalenderwoche

RUB

Die wirtschaftspolitische erste Woche unter Donald Trump

Am 21. Januar wurde Donald Trump in das Amt des Präsidenten eingeführt und seitdem versucht er seine Wahlversprechen in die Tat umzusetzen, wie vielleicht noch kein Präsident zuvor. Mit einer seiner ersten Amtshandlungen war es, die von ihm viel kritisierte Gesundheitsreform „Obamacare“ per Präsidentendekret zum Teil rückgängig zu machen. Mit einem Präsidentendekret kann der Präsidenten Entscheidungen treffen, ohne dass der Kongress diese genehmigen muss. Allerdings kann das Dekret durch die beiden Parlamentskammern im Kongress mithilfe einer Zweidrittel-Mehrheit überstimmt werden. Trump hat die von Obama eingeführte Gesundheitsreform mehrfach als zu teuer angeprangert, wie Zeit Online berichtet.

Zudem ließ Trump Anfang der Woche verlauten, dass er das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (Nafta) neu verhandeln möchte. Schon während des Wahlkampfs hatte der nun amtierende US-Präsident das Freihandelsabkommen für die Abwanderung von Unternehmen nach Mexiko und Kanada verantwortlich gemacht. Nun möchte er bessere Bedingungen für die USA aushandeln, ansonsten wolle er das Abkommen aufkündigen. Dieses Vorhaben ist konform mit den Statuten des Abkommens. In den Statuten steht, dass durch das Anzeigen das Abkommen kündigen zu wollen, es zu einer 180-tägigen Phase der Neuverhandlungen kommt. Sollte in dieser Phase keine Einigung erzielt werden, führt dies zum Aufkündigen des Abkommens.

Neben dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen stand auch das Transpazifische Freihandelsabkommen (TPP) auf der Agenda von Donald Trump. Das TPP wurde 2015 unter Führung der USA beschlossen, ist aber noch nicht in Kraft getreten und sollte die wirtschaftliche Beziehung zu Asien stärken. Nun wurde der Rückzug der USA aus diesem Abkommen per Dekret beschlossen und stattdessen plant der amerikanische Präsident bilaterale Abkommen mit einigen Ländern zu treffen, so die Tagesschau in ihrem Onlineangebot.

Auch sein Wahlversprechen eine Mauer an der Grenze zu Mexiko zu bauen, versucht er per Dekret umzusetzen. Die Mauer müsse zwar zunächst durch den amerikanischen Steuerzahler finanziert werden, doch letztendlich werde Mexiko die Gesamtkosten für den Mauerbau bezahlen, betonte Trump. Ebenso ließ er verlauten, dass die Verhandlungen mit Mexiko zu diesem Thema bald beginnen würden, doch Mexiko lehnt es strikt ab für die Kosten des Mauerbaus aufzukommen.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Wochenrückblick

Das Wichtigste in Kürze:
23. Januar bis 29. Januar

Türkei: Keine Veränderung beim Leitzins

Dienstag, 24. Januar – Die türkische Zentralbank hat in ihrer Sitzung entschieden, den Leitzins bei acht Prozent zu belassen. Ökonomen, die von der Nachrichtenagentur Reuters befragt wurden, hatten mit einer Anhebung auf 8,5 Prozent gerechnet. In den vergangenen zwei Jahren hat die türkische Landeswährung Lira jeweils im zweistelligen Bereich gegenüber dem Euro abgewertet und seit Jahresbeginn nochmals acht Prozent. Nach einem Bericht von Reuters möchte der türkische Präsident den Zins trotz anhaltender Abwertung der Währung gegenüber dem Euro nicht erhöhen, um die Konjunktur anzukurbeln. Da der Leitzins nicht angehoben wurde, hat sich die Zentralbank dazu entschieden die Einlagefazilität um 0,75 Prozentpunkte auf 9,25 Prozent zu erhöhen. Durch den Verfall der Landeswährung werden Importe deutlich teurer, dies kann zur Inflationserhöhung führen.

Arbeitsmarkt in Spanien

Donnerstag, 26. Januar – Das spanische Statistikamt veröffentlichte am Donnerstag aktuelle Zahlen zum nationalen Arbeitsmarkt. Dem Bericht zufolge sei die Arbeitslosenquote im vierten Quartal 2016 mit 18,6 Prozent auf den niedrigsten Stand seit sieben Jahren gefallen. Im Vergleich zum dritten Quartal sei diese um 0,3 Prozentpunkte gesunken. Dennoch weise der spanische Arbeitsmarkt die zweithöchste Arbeitslosenquote in Europa auf.

Lehrstuhl für Makroökonomik

MacroNews

4. Kalenderwoche

Aufgrund der Weigerung die Kosten zu übernehmen, soll die Mauer mithilfe von Einfuhrzöllen für mexikanische Produkte finanziert werden. So sollen auf mexikanische Waren ein Zoll in Höhe von fünf bis 20 Prozent erhoben werden, die genauen Details sollen noch ausgearbeitet werden, wie das US-Präsidialamt am Donnerstag mitteilte. Am 31. Januar sollte es zu einem Treffen zwischen dem mexikanischen Präsidenten Enrique Peña Nieto und Trump im Weißen Haus kommen, dieses wurde aber aufgrund von Überwerfungen bezüglich des geplanten Mauerbaus abgesagt.

Ökonomen aus Deutschland äußerten sich in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung kritisch zu den Vorhaben in Amerika. Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Marcel Fratzscher sagte: „Uns droht ein Handels- und Wirtschaftskrieg mit Amerika: Das muss man so hart feststellen. […] Macht Donald Trump Ernst, hat das negative Effekte für den globalen Wohlstand“. Der Präsident des Ifo-Instituts Clemens Fuest, geht von einer Gefahr für über 1,6 Millionen Arbeitsplätzen in Deutschland aus, wenn die Wirtschaftsbeziehungen zu Amerika auf null heruntergefahren würden. Von diesen 1,6 Millionen Arbeitsplätzen würden nach Meinung von Clemens Fuest etwa eine Million Arbeitsplätze bei Unternehmen, die viel in die USA exportieren, verloren gehen. Sollte es in Europa zu Gegenmaßnahmen kommen, wären auch 600.000 Arbeitsplätze von amerikanischen Unternehmen mit Sitz in Deutschland in Gefahr.

Hintergrund: US-Wirtschaft
Handelsblatt: Trump will Neuverhandlungen bald beginnen (Nafta)

Neue Überlegungen zu Eurobonds

Freitag, 27. Januar – Nach Informationen des Handelsblatts möchte die EU-Kommission eine neue Version der umstrittenen Eurobonds einführen. Demnach arbeite die EU-Kommission als Mitglied im Europäischem Ausschuss für Systemrisiken an sogenannten „European Safe Bonds“ (ESB), diese sollen dazu dienen die „Ansteckungs-gefahren“ bei Banken- und Staatspleiten zu verhindern. Hierzulande sieht man die Gefahr einer Mithaftung für die Schulden anderer Länder. EU-Vizepräsident Valdis Dombrovskis äußerte sich zu den Bedenken wie folgt: „Um es sehr klar zu sagen, das Konzept der Arbeiten sieht keine Vergemeinschaftung solcher Anleihen vor“. Im Bundesfinanzministeriums hält man andere Möglichkeiten solcher „Souvereign Bond Backed Securities“ für weniger riskant und einfacher umzusetzen, als die ESB. Neben der Fragwürdigkeit, ob genügend Nachfrage in einer Krisensituation vorhanden sei, bleibt

Zahl der Woche

1,3 %

wächst das Bruttoinlands-produkt nach Ansicht des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes im Jahr 2017. Bei Ausklammerung der geringeren Arbeitstage als im Vorjahr sogar um 1,6 Prozent.

Reuters